

NordSüdDialog INFO

Landwirtschaft und Ernährungssicherheit

Nachlese zur Veranstaltung der AWEPA Sektion des Österreichischen Parlaments am 28. Juni 2011

Täglich sterben Tausende Menschen an Hunger und den Folgen von Unterernährung. Die internationale Staatengemeinschaft hat sich im Jahr 2000 in der Millenniumserklärung dazu verpflichtet, die Zahl der an Hunger und Unterernährung Leidenden weltweit bis 2015 zu halbieren. Die EU unterstützt die Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) neben den Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit u. a. durch mehr Bedacht auf die Notwendigkeit von Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung (PCD): „Bei der Durchführung politischer Maßnahmen, die sich auf die Entwicklungsländer auswirken können, trägt die Union den Zielen der Entwicklungszusammenarbeit Rechnung.“ (Art. 208 Abs. 1 AEUV). Armutsbekämpfung wurde im Vertrag von Lissabon erstmals als eine Grundlage der EU-Außenpolitik verankert. Das gesamte auswärtige Handeln der Union soll: „(...) nachhaltige Entwicklung in Bezug auf Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt in den Ent-

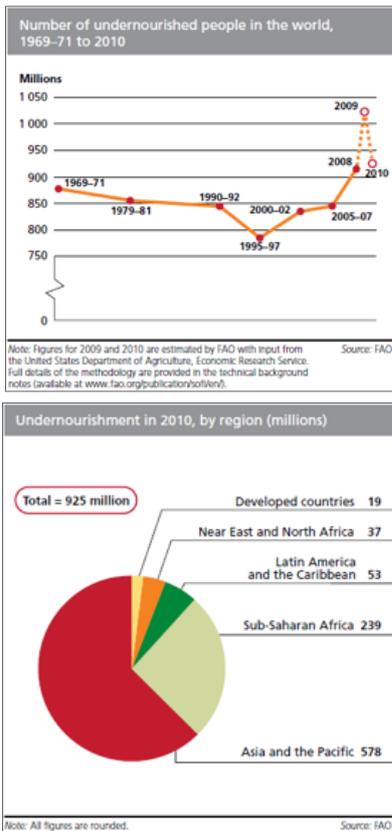
wicklungsländern fördern mit dem vorrangigen Ziel, die Armut zu beseitigen.“ (Art. 21 Abs. 2 lit. d EUV). Von besonderer Bedeutung ist dies auch und vor allem für die Bereiche Landwirtschaft und Ernährungssicherheit. Im Ende 2010 erschienenen Grünbuch der Europäischen Kommission mit dem Titel „EU-Entwicklungspolitik zur Förderung eines breitenwirksamen Wachstums und einer nachhaltigen Entwicklung“ heißt es in Kapitel 5: „In vielen Entwicklungsländern, in denen immer noch 75 % der Bevölkerung von der Landwirtschaft abhängen, bleibt die Ernährungssicherung eine wichtige Herausforderung für die Stadt- und Landbevölkerung. (...) Entwicklung und Ernährungssicherung gehen Hand in Hand. Die Erfahrung zeigt, dass Reformen in der Landwirtschaft und die Fähigkeit, die Bevölkerung eines Landes zu ernähren, Voraussetzungen für die Entwicklung im Allgemeinen und die Armutsreduzierung sind.“



Adäquate Ernährung ist ein Menschenrecht.
Foto: ADA/Heidi Liedler-Frank

„Wir dürfen keinesfalls akzeptieren, dass im Jahr 2011 weltweit fast 1 Milliarde Menschen Hunger leiden. Als ParlamentarierInnen müssen wir uns für grundlegende strukturelle Reformen und für die Kohärenz unserer politischen Maßnahmen mit den globalen Entwicklungszielen einsetzen. Parlamente haben die Verantwortung, die richtigen politischen Entscheidungen im Interesse nachhaltiger Entwicklungschancen für die Menschen im Süden durchzusetzen, und einen effizienten Mitteleinsatz zu garantieren.“

AWEPA-Mitglied Susanne Neuwirth, Präsidentin des Österreichischen Bundesrates, in ihrer Eröffnungsrede.



Hunger, Unterernährung und Landwirtschaft

- Laut Welternährungsorganisationen FAO leiden 2010 925 Millionen Menschen an akutem Hunger, chronischer Mangelernährung oder Unterernährung.
- Akuter Hunger ist primär Folge von Hungersnot oder Katastrophen; weit mehr Hungernde leiden an chronischer Mangelernährung, die durch kontinuierlich oder periodisch mangelhaften Zugang zu quantitativ und/oder qualitativ ausreichender Nahrung verursacht wird.
- 98% der Unter- oder Mangelernährten leben in Entwicklungsländern.
- Laut UN leben 80% der Unterernährten auf dem Land (50% Kleinbauern, 20% landlose Bauern, 10% Hirtennomaden, Fischer und Waldnutzer) und 20% in städtischen Armutsvierteln.
- Frauen sind überproportional betroffen, da sie bspw. in Subsahara-Afrika 65 % der landwirtschaftlichen Arbeitskraft stellen.
- Neueste wissenschaftliche Erkenntnisse zeigen, dass Unterernährung Entwicklungsbemühungen behindert und Wirtschaftswachstum untergräbt.
- 45 % der Weltbevölkerung lebt direkt oder indirekt von der Landwirtschaft.
- Trotz dieser Tatsachen sank der Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA) für den ländlichen und landwirtschaftlichen Bereich zwischen 1980 und 2004 von 18 % auf 4 %.

Quelle: The State of Food Insecurity in the World, 2009 und 2010, Food and Agriculture Organization, Rom 2009 und 2010.

„Die Entwicklungsstrategien des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank, die sie den Entwicklungsländern seit den 1980er Jahren aufzwingen, sind falsch! Es stellt sich die dringende Frage, ob wir diese Politiken weiter verfolgen wollen, oder ob wir nicht umdenken sollen und müssen. Gerade die EU hat ein wirtschaftliches, politisches und soziales Interesse an einer Korrektur im Sinne der Gerechtigkeit, aber auch aus Notwendigkeit, die sich in der Migrationsproblematik deutlich erschließt.“

Jean Feyder, Botschafter Luxemburgs bei der WTO und Autor des Buches „Mordshunger“, zu den Ursachen der Unterernährung.

Ursachen und Lösungsansätze

Die Vergabe von Krediten durch den IWF und die Weltbank an viele Entwicklungsländer, die in den 1980ern durch steigende Zinsen und sinkende Rohstoffpreise in die Schuldenfalle gerieten, war an die Verpflichtung zu tiefgreifenden politischen und wirtschaftlichen Reformen im Zuge der so genannten Strukturanpassungsprogramme gebunden. Zentrale Forderungen waren u.a. der Abbau der Haushaltsdefizite, die Senkung von Steuersätzen, die Liberalisierung der Märkte und der Handelspolitik, umfangreiche Privatisierungen und der Rückzug des Staates bzw. Abbau staatlicher Subventionen. „Marktverzerrungen“ sollten abgeschafft werden – darunter auch

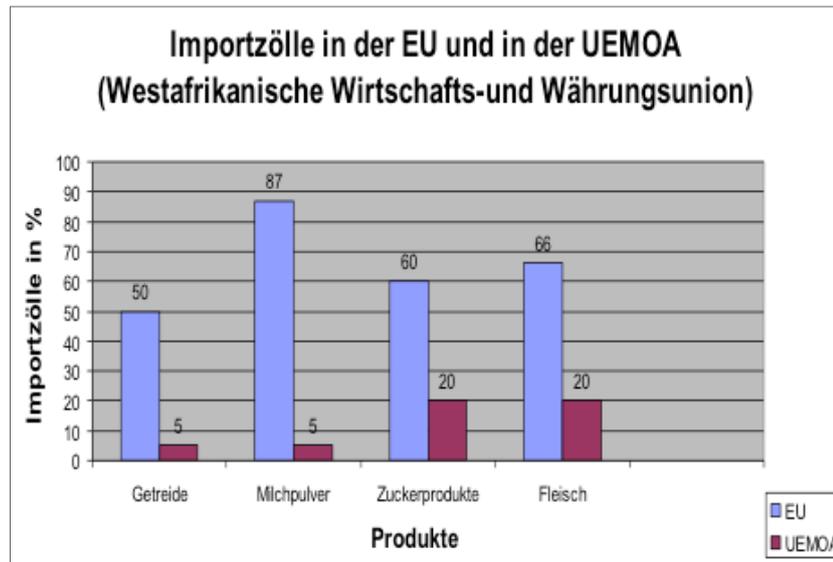
soziale Sicherungssysteme, die geregelte Lebensmittelversorgung und die staatliche Kontrolle des Agrarhandels. Für den Sektor Landwirtschaft bedeutete dies eine Konzentration auf den Anbau von Exportprodukten (so genannte Cash Crops) u. a. zur Bedienung der Schulden, bei gleichzeitigem Import von billigen Grundnahrungsmitteln.

Die Importe von Lebensmitteln wurden durch erzwungen niedrige Zölle subventioniert, die einen Ausfall von Staatseinkommen und folglich weniger Geld für innere Angelegenheiten und Entwicklung bedeuteten. Die Importe zu Dumpingpreisen brachten den VerbrauchernInnen in den Städten Vorteile, doch sie benachteiligten die nationalen ErzeugerInnen, deren Produkte

immer weniger KäuferInnen fanden und immer niedrigere Preise erzielten.

Als Folge liegen die Preise, die BäuerInnen für ihre Produkte erhalten, heute im Durchschnitt unter den Entstehungskosten, auch aufgrund der kleinbäuerlichen Struktur, der geringen Technisierung und des großen Produktivitätsverlustes in vielen Entwicklungsländern. Eine Förderstruktur wie in Europa existiert nicht oder wurde durch die Reformen zerstört. Der/die Einzelne verarmt und der landwirtschaftliche Sektor als Ganzes ist nicht mehr in der Lage, interne Ernährungssicherheit zu gewährleisten. Lösungsstrategien und –ansätze sind notwendigerweise komplex und müssen den jeweiligen Verhältnissen angepasst werden. Unabdingbar

scheint jedoch die Gewährleistung des Zugangs zu Boden, die oft nur durch eine politisch heikle Agrarreform umsetzbar ist. Bäuerlichen Klein(st)betrieben muss Priorität eingeräumt werden, um eine Unabhängigkeit von Lebensmittelimporten zu erreichen. Dafür muss die ländliche Infrastruktur verbessert und der Zugang zu Rohstoffen, Krediten und Know-how erleichtert werden. Profitable und stabile Preise können Armut nachhaltig verringern. Voraussetzungen sind ein Bruch mit der neoliberalen Wirtschaftspolitik, neue Regeln für die Agrarmärkte, der Schutz der Märkte und ein öffentliches Vermarktungssystem. Europa subventioniert und schützt seine Lebensmittelproduktion seit jeher stark, und es sollte auch den Entwicklungsländern das Recht eingeräumt werden, ihre Produktionen zu schützen und ihre Landwirt-



Quelle:
Präsentation
Jean Feyder.

Buchtipp:
Mordshunger
– Wer profitiert
vom Elend der
armen Länder;
Jean Feyder,
2010

schaften wieder aufzubauen, um einen angemessenen Grad an Ernährungssicherheit zu erlangen. Hierzu ist jedoch

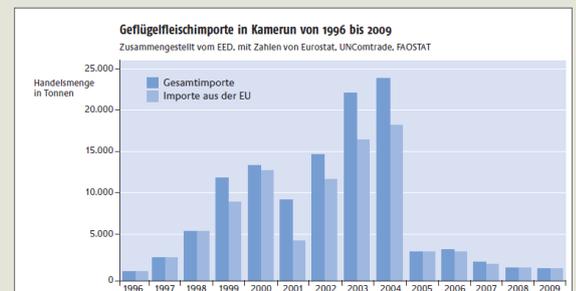
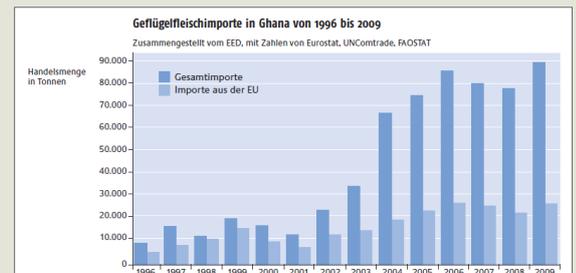
ein Umdenken und politischer Wille notwendig, sowohl in den multi- als auch den bilateralen Beziehungen.

Beispiel: Geflügel nach Ghana und Kamerun

Der Export von Geflügel aus Europa nach Afrika vervielfachte sich zwischen 1996 und 2009 von 35.000 Tonnen auf 150.000 Tonnen im Jahr. Viele afrikanische Staaten, die sich mit Geflügel selbst versorgten, werden seit Mitte der 1990er Jahre mit billigen, gefrorenen Hühnerenteilen aus Europa und den USA überschwemmt. Dies zerstört nicht nur die lokalen Märkte und kleinbäuerlichen Produzenten, sondern es besteht auch eine akute Gesundheitsgefahr, da eine ungebrochene Kühlkette in Afrika kaum gewährleistet werden kann.

In Ghana explodierten die Geflügelimporte zwischen 2001 und 2009 um 800 % (!) auf über 90.000 Tonnen. 2003 erzwangen BäuerInnen und VerbraucherInnen einen Parlamentsbeschluss für eine Einfuhrzollerhöhung. Diese wurde jedoch von der Regierung nicht umgesetzt bzw. sogar vom Parlament wieder gekippt, da zur selben Zeit über eine erneute Kreditvergabe durch den IWF und die Weltbank verhandelt wurde. Die Nichtumsetzung der Zollerhöhung wurde Bedingung für die Vergabe – die EU unterstütze diese Forderung.

In Kamerun begann im Jahr 2003 die ACDIC (Association Citoyenne de Défense des Intérêts Collectifs), die Bürgervereinigung zur Verteidigung kollektiver Interessen, mit einer landesweiten Informationskampagne über die wirtschaftlichen, sozialen und gesundheitlichen Folgen des Geflügelimports. Bei einem Treffen im Dezember 2004 mit 120 (von 180) ParlamentarierInnen und RegierungsvertreterInnen wurden die politischen Forderungen formuliert. Der Druck der Zivilgesellschaft führt seither dazu, dass die gesetzlichen Importquoten und -verbote streng überwacht werden und der nationale Geflügelsektor revitalisiert wird.



Quelle: „Keine chicken schicken“ – Broschüre des Evangelischen Entwicklungsdienstes EED, Bonn, 2010

Position der EU

Im 2010 erschienenen Grünbuch der Europäischen Kommission wird festgehalten, dass Ernährungssicherheit eine der fünf großen globalen Herausforderungen darstellt, die ganzheitlich und unter der Berücksichtigung der gesamten Wertschöpfungskette angegan-

gen werden muss. Dies beinhaltet u.a. folgende Aspekte:

- Sicherstellung des Zugangs zu adäquatem Land, geeigneten Produktionsmitteln, Saatgut, Dünger und Wasser
- Verbesserung der Infrastruktur, d.h. Lagerung, Transport und Verarbeitungskapazitäten

- Finanzierung von Forschung und landwirtschaftlicher Ausbildung
- Gerechte Entlohnung der BäuerInnen für ihre Produkte

Die aktuelle EU-Strategie zur Unterstützung der Landwirtschaft und der ländlichen Entwicklung 2007-2013 wird einerseits durch **Geographische Instru-**

„Die Europäische Kommission behandelt in ihrem Grünbuch zur Entwicklungspolitik die Ernährungssicherung als einen Hauptaspekt. Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung ist im Rahmen der neuen EU-Strukturen unabdingbar, aber hier sind auch die Mitgliedsländer gefordert. Im Sinne des Ownership liegt es jedoch letzten Endes an den Partnerländern im Süden, ihre Strategien festzulegen und umzusetzen.“

Jean-Louis Chomel, Vertreter der EU-Generaldirektion Entwicklung und Zusammenarbeit, über die Position der EU.

mente, die sektorielle Maßnahmen und Strategien auf nationaler, regionaler oder kontinentaler Ebene unterstützen und andererseits durch **Thematische Instrumente**, wie das Food Security Programme finanziert und implementiert. Zusätzlich existiert ein mit einer Milliarde Euro dotiertes **Ad-hoc Instrument** für rasche Unterstützung im Fall von steigenden Lebensmittelpreisen (**1 billion Food Facility**).

Aufgrund der unterschiedlichen Ausgangssituationen und Problemkreise in den einzelnen Ländern kann es keine standardisierten Lösungen geben. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass die einzelnen **Partnerländer im Süden im Sinne der Ownership** ihre Strategien individuell ausarbeiten und sich die **EU und ihre Mitgliedsländer im Sinne der Harmonisierung** ihrer Unterstützung daran orientiert.

Eine Verbesserung der kohärenten Geber-Politik ist notwendig, denn derzeit laufen viele nationale Programme und Abkommen der einzelnen EU-Mitgliedsländer mit Partnerländern im Süden entgegen den Empfehlungen der Europäischen Kommission. Hier ist jedes einzelne Mitgliedsland aufgefordert, Ungereimtheiten zu beseitigen und gleichzeitig Synergien mit anderen bi- und multilateralen Gebern zu suchen und zu nutzen. Generell misst die EU **Politik Kohärenz im Interesse der Ent-**



Quelle: Martin Wasserer, Parlament

wicklung (andere Politikbereiche, wie Handels- oder Umweltpolitik, sollen die Ziele der Entwicklungspolitik nicht untergraben, sondern unterstützen; Ann.d.Red.) zunehmende Bedeutung auch beim Thema Ernährungssicherheit bei. In einem eigenen Arbeitsprogramm sind konkrete Ziele und Indikatoren für die Bewertung von Fortschritten bei

den PCD-Verpflichtungen festgelegt. Für eine effiziente Umsetzung der Strategien spielen Partnerschaften zwischen der öffentlichen Hand und dem Privatsektor eine wichtige Rolle. Es sollen Produzentenvereinigungen und Genossenschaften unterstützt und vor allem auch die Frauen in einzelne Programme miteinbezogen werden.

Menschenrecht auf Nahrung

18 Jahre nach der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte wurde 1966 der Sozialpakt verabschiedet, der von über 150 Staaten ratifiziert wurde. Durch Artikel 11 verpflichtet sich ein Staat dazu „geeignete Maßnahmen zu ergreifen“ um „das Recht eines jeden auf einen angemessenen Lebensstandard ... einschließlich angemessener Ernährung zu sichern.“ Jeder Mensch besitzt „das Grundrecht, frei von Hunger zu sein“. Auf dem Welternährungsgipfel 1996 bestätigten die anwesenden Staats- und Regierungschefs diese Rechte, die nicht nur die Verfügbarkeit von Nahrung sondern auch dessen Zugänglichkeit inkludieren.

„Menschen sind InhaberInnen von Rechten und diesen stehen Pflichten von Staaten – also Regierungen, Institutionen und Behörden – gegenüber. Das Menschenrecht auf Nahrung sollte die Basis für Strategien der Ernährungssicherheit und somit politische Entscheidungen darstellen.“

Gertrude Klaffenböck von FIAN Österreich über die rechtliche Stellung von Nahrung für den einzelnen Menschen.



Gefördert durch **Österreichische
Entwicklungszusammenarbeit**



Gemeinnützige Entwicklungszusammenarbeit GmbH (GEZA)
Hollergasse 2-6 | 1150 Wien | Österreich | HG Wien: FN 294642 y
DVR-Nr. 3006115 | Tel: +43 (0) 1 89 145-343
office@nordsued-dialog.org | www.nordsued-dialog.org

Redaktion: Ingrid Pranger, Jutta Kepplinger, Michael Fink
Layout/Satz: kest – strategie, kommunikation, design. Linz | www.kest.net
Druck: Direkta Druck, Linz | www.direkta.at

Dieses Dokument wurde mit finanzieller Unterstützung der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit erstellt. Die darin vertretenen Standpunkte geben die Ansicht der Redakteurinnen und AutorInnen wieder und stellen somit nicht die offizielle Meinung der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit dar.